

Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 31

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Klostergrothstraße 1, Fenster 5, 8246.

Anzeigen kosten die flächengesetzte Non-
pareille-Zeile oder deren Raum 50 Pf. (der
Betrag ist seit vorher einzuenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

31. Jahrg.

Hamburg, den 4. August 1917

Nicht Organisationslosigkeit, sondern Organisationsverbesserung!

II.

Der Gegensatz zwischen Organisation und Organisationslosigkeit, der in der gegenwärtigen Kriegswirtschaft immer von neuem wieder auftritt, ist uralt; er zieht sich wie ein roter Faden durch die Entwicklungsgeschichte der Menschheit hindurch. Dabei zeigt sich, daß die geistige und wirtschaftliche Stärke — oder die sich für stark halten — von einer Organisation nichts wissen wollten, sondern für Bewegungsfreiheit schwärzten, während umgekehrt die Schwachen unter Vergleichung auf einen Teil ihrer Bewegungsfreiheit ihr Heil in der Organisation suchten. Diese Tatsache bewahrheitet sich auch jetzt wieder: die Produzenten und Händler, die die Lebensmittel in Händen haben, fühlen sich stark und schreien deshalb nach Elbogenfreiheit; auch die wohlhabenden Leute, denen es auf den Preis der Lebensmittel nicht ankommt, wenn sie nur solche kaufen können, schwören auf die Verlehrsfreiheit als das Allheilmittel; aber die große Masse des Volkes, die bei ihren beschränkten Geldmitteln unter der Warenknappheit und der Teuerung ganz ungeheuer zu leiden hat, sieht für eine straffe Organisation ein, damit die Bedarfsgegenstände gerecht und zu einem erträglichen Preise verteilt werden. Das Schreien der Produzenten und Händler nach freiem Verkehr hat nicht etwa seinen Grund in der Sorge für den Lebensunterhalt der Massen, sondern es erklärt sich aus Geldbeutelinteressen. Die vielgehörte Redensart: „Besser seht hohe Warenpreise als gar keine Waren!“ Klingt sehr verständlich im Munde der zahlungsfähigen Leute, aber für die Unterschichten klingt sie wie Hohn. In der Tat würde eine Aufhebung des gegenwärtig bestehenden Systems den Händlern und Produzenten riesige Gewinne in den Schoß werfen — viel höhere Gewinne, als sie ohnehin schon einheimsen — und den reichen Leuten würde sie die Möglichkeit gewähren, auch die teuersten Waren aufzukaufen und ein herrliches Leben zu führen, während die Massen direkt am Hungertuch nagen müßten. Vom Standpunkt der Volksversorgung aus muß also die zwangsläufige Kriegswirtschaft trotz aller Fehler und Mängel als geundanklich berechtigt anerkannt werden, weil nur sie allein den Grundsätzen der Sozialgerechtigkeit entspricht. Das Interesse des Volles erfordert also dringend, daß wir Front machen gegen alle Versuche, die darauf hinauslaufen, die Wirtschaftsfreiheit wieder einzuführen. Wenn uns die Kriegswirtschaft auch manche Freiheitsbeschränkung auferlegt, so gewährt sie uns wenigstens das Existenzminimum.

Wenn es neben den Kriegswucherern und Kriegshamsterern auch noch andere Leute gibt, die in der Beseitigung der Kriegswirtschaftlichen Organisation den Ausweg aus den Schwierigkeiten unserer Lebensmittelversorgung sehen, so röhrt das einerseits daher, daß man früher stets die freie Konkurrenz als einen Segen gepriesen und die schweren Schäden mit dem Mantel der Liebe zugesetzt hat, was dann im Laufe der Zeit zu einer fixen Idee geworden ist, und daß man anderseits vielfach nicht versteht, folgerichtig zu denken. Hat eine Organisation Fehler oder weist sie Misserfolge auf, so ist es falsch, daraus folgern zu wollen, daß sie einfach beseitigt werden müsse, ein bessender Mensch zieht daraus die Folgerung, daß sie verbessert werden müsse. Auch auf andern Gebieten können wir die Beobachtung machen, daß man Radikalturen empfiehlt und mit dem Bestehenden radikal aufzuräumen versucht, anstatt für eine Umwandlung und Verbesserung einzutreten. So ist es auch hier. Es wäre ein verhängnisvoller, folgen schwerer Fehler, wollte man auf dem Gebiete unserer Lebensmittelversorgung den Umsturz predigen, richtig ist es, überall die bestehende Hand anzulegen und die Organisation sachgemäß auszubauen.

Zu dem Zwecke kommt es zunächst darauf an, die zerstreuten, vielfach gegeneinander arbeitenden Organisationen zu vereinheitlichen, um dadurch ein planmäßiges Handharbeiten zu ermöglichen. Da kein Wirtschaftsplan für die Kriegszeit vorhanden war und die Organisationen erst brüderlich geschaffen werden mußten, konnte natürlich von einer Einheitlichkeit und Planmäßigkeit nicht die Rede sein. Allmählich aber hat sich im Laufe der Zeit ein bestimmter Plan herausgebildet, und nun dürfen wir wohl die Hoffnung hegen, daß die Neubungen zwischen den einzelnen Stellen und Personen möglichst ausgeschaltet werden. Allerdings wird es nie dahin kommen, daß die verschiedenen Personen und Stellen wie die Rämmlein nebeneinander arbeiten; denn dazu sind die einzelnen Interessen zu verschiedenartig und die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Stadt und Land zu gegenseitig; aber dennoch läßt sich in gewissem Sinne ein besseres gegenseitiges Verstehen und ein willigeres Entgegenkommen sehr wohl erreichen. Sodann muß bei der Verbesserung der Organisation Gewicht darauf gelegt werden, daß Fachleute und Sachkennner, aber keine Bureaumenschen die Leitung und das Bestimmungsrecht in der Hand haben. Es war ein großer Fehler, daß man bei Gründung der Organisationen zu wenig auf Sachkunde und Branchenkunst sah, sondern die Sache vom grünen Tisch aus nach Schema F zu regeln suchte, und daß man die bestehenden wirtschaftlichen Organisationen ausschaltete. Welchen Vorteil hätte man allein aus den Erfahrungen, Kenntnissen und Einrichtungen der Konsumentenverbewegung ziehen können, wenn man sie in den Dienst der Lebensmittelverteilung gestellt hätte. Wer die Behörden hielt sich für unfehlbar und glaubten, kraft ihres Amtes der Sache gewachsen zu sein, woraus dann Mißgriffe über Mißgriffe entstanden. Das benutzten natürlich die interessierten Kreise, um über den Bankrott der Kriegswirtschaft zu zetern. Sie hielten sich eben an Neuerlichkeiten und Mißständen, die mit dem Wesen der kriegswirtschaftlichen Organisation nichts zu tun haben, und erreichten damit bei Leuten, die nicht folgerichtig zu denken verstehen, auch den gewünschten Erfolg. Eine jede Organisation muß erst allmählich in ihre Aufgabe hineinwachsen, indem sie sich sachkundige, geschulte Mitarbeiter heranzieht, und darum erscheint es durchaus unbillig, schon jetzt an die kriegswirtschaftlichen Organisationen Anforderungen zu stellen, die sie erst dann zu erfüllen vermögen, wenn sie Erfahrungen gesammelt haben. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Umstände, unter denen unsere Kriegswirtschaft zu arbeiten, und der inneren Widerstände, die sie zu überwinden hat, kann man nicht bestreiten, daß sie schon beachtenswerte Leistungen aufzuweisen hat.

Eine bedeutende Verbesserung der Organisation unserer Lebensmittelversorgung ließe sich auch dadurch erreichen, daß die Massen der Verbraucher, und darunter besonders die Hausfrauen, mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Auf dem Gebiete der Warenverteilung könnten die Konsumenten manchen guten Rat geben und auch einen wichtigen Teil der Kontrolle übernehmen. Gewiß sind hier und da bereits Ansätze gemacht worden, aber es geschieht in dieser Beziehung noch lange nicht genug. Die Konsumentenvereine erscheinen uns als die geeigneten Organe, um diese Aufgabe zu erfüllen, was allerdings vorausgesetzt, daß in diesen Vereinen Mitgliederausschüsse gewählt werden, die aus erfahrenen Frauen und Männern bestehen. Zu Beginn des Krieges wurde allerdings der Grundsatz gepredigt, daß nicht Produzenten- und Händlerpolitik getrieben werden sollte, sondern Konsumentenpolitik; aber im Verlaufe des Krieges ist der Verbraucher immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Und im Grunde genommen ist doch er der Mittelpunkt unseres Wirtschaftslebens, um den sich alles dreht. Das muß auch in unserer kriegswirtschaftlichen Organisation zum Ausdruck gebracht werden.

Wie die Kriegswirtschaft in organisatorischer Hinsicht ausgebaut werden soll, kann hier natürlich nicht im einzelnen erörtert werden, es mögen vorstehende Ausführungen genügen. Die Hauptfache ist, daß die Verbrauchermassen sich nicht irreführen lassen, sondern immer dringender die Forderung stellen, daß die bestehende Organisation nicht zertrümmt werden darf, sondern daß sie verbessert werden muß.

Der deutsche handwerks- und Gewerbekammertag zur Lehrlingsfrage.

Am 31. Mai und 1. Juni hielt der geschäftsführende Ausschuß des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Danzig eine Sitzung ab, um für eine im Spätsommer in Aussicht genommene Tagung der deutschen Handwerks- und Gewerbekammern bestimmte Vorschläge auszuarbeiten. Diese betrafen unter andern auch die jetzt so sehr beachtete Lehrlingsfrage. Da der Einfluß der erwähnten Interessenvertretung des Handwerks gerade auf diesem Gebiete bisher von ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist, geben wir hier aus den gemachten Vorschlägen das wichtigste wieder.

Einleitend wird gefragt, daß die Fürsorge für einen geeigneten Nachwuchs des Handwerks in erster Linie Pflicht der Handwerks- und Gewerbekammern sei. Als geeignete Maßnahmen kämen in Betracht:

- Die planmäßige Auflösung der aus der Schule entlassenen Jugend, ist nicht eines augenblicklichen, oft nur vermeintlichen Vorteils wegen ohne Rücksicht auf ihr spätere Fortkommen, ungelernten oder solchen Berufen anzuwenden, die erfahrungsgemäß schon an Überfüllung leiden.
- Die Schaffung von Einrichtungen und Veranstaltungen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zugunsten des Handwerks zu beeinflussen, zum Beispiel die Abhaltung von Ausstellungen mit Prämierung gut ausgeführter Gesellen- und Lehrlingsarbeiten, die Bereitstellung von staatlichen Mitteln zur Gewährung von Unterstützung an Lehrlinge, die Gründung von Lehrlingsversicherungen und damit im Zusammenhang Herbeiführung einer durchgreifenden Regelung einer den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Erziehung der Lehrlinge.

Vorgeschlagen wird weiter eine planmäßige Berufsbildung und Lehrlstellenvermittlung. Außer

der Volksschuljugend sollen auch die höheren Lehranstalten sowie ältere Personen mitberaten werden. Die Berufsbildung soll nicht von den einzelnen interessierten Kreisen

gesondert gepflegt werden, sondern wäre am besten durch Zentralstellen oder Ausschüsse für einzelne Gemeinden oder Bezirke zu regeln, wobei Vertreter von Handwerk, Handel und Industrie sowie die öffentlichen Behörden und die beteiligten Interessenten mitzuwirken hätten, den Handwerkskammern, Innungen und gewerblichen Vereinen aber ein

hervorragender Einfluß eingeräumt werden müsse.

„Die Unterbringung der Lehrlinge wird durch Schaffung besonderer Lehrlingsheime, in denen diese zu günstigen Bedingungen Unterkunft und Verpflegung finden, erleichtert werden.“

„Da die Aufgaben, die die Berufsbildung und Lehrlstellenvermittlung erfüllen soll, im allgemeinen sozialen Interesse und ganz besonders im Interesse unserer Volkswirtschaft liegen, ist es eine dringende

Pflicht des Staates und der Kommunen, öffentliche Mittel in angemessener Höhe für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen, damit bei der Dringlichkeit der Aufgaben überall in Deutschland an die Lösung dieser Frage mit aller Energie herangegangen werden kann.“

Hierzu möchten wir folgendes bemerken: Unter den gewerblichen Vereinen, denen insbesondere bei der Berufsbildung ein hervorragender Einfluß eingeräumt werden müsse, sind die Gewerkschaften nicht erwähnt, und auch sonst scheint man diese bei der Regelung des Lehrlingswesens und bei der so fehlt notwendigen Heranziehung von Lehrlingen in die einzelnen Gewerbe in den leitenden Kreisen des Handwerks- und Gewerbekammertages nicht auf der Rechnung zu haben. Es ist bekannt, daß die Gewerkschaften bereit sind, hier entschieden mitzuwirken. Schlägt man das aus, so werden sie zwar nicht untätig bleiben, sondern jedenfalls selbstständig vorgehen, wodurch jedoch leicht Neubungen, vielleicht sogar eine gegenseitige Bekämpfung der von der einen oder andern Seite für gut befundenen Maßnahmen stattfinden. Das aber würde dann statt bessernd zu wirken, die Lehrlingsnot vielleicht erst recht verschärfen, ganz abgesehen davon, daß durch ein gemeinsames Wirken aller zum Gewerbe gehörenden wirtschaftlichen Vereinigungen — und dazu gehören die Gewerkschaften mit — eine unnötige Kräftezersplitterung und damit eine Kräftevergeudung vermieden würde.

Die Beratungen unserer Berufsvorstellungen im November v. J. haben gezeigt, daß unsere Arbeitgeber die Notwendigkeit einer verständigen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Bevölkerungswesens anerkennen. Wir nehmen an, daß die scheinbar noch nicht so weit gereichten Anschauungen der Leitung der Handwerks- und Gewerbeverbänden keinen Umschwingen der übrigen nicht nur im Malergewerbe Raum gewonnenen Einsicht herbeizuführen vermögen, und daß demnächst von unsrer Organisationen in den einzelnen Städten an die Vorarbeit zur Durchführung der seinerzeit ausgearbeiteten Richtlinien und dazu gehörenden offiziellen Anleitungen ge- genommen werden kann.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kriegskonjunktur und Industrierentabilität. — Die Produktionsbedingungen der deutschen Industrie. — Gewinne der Aktiengesellschaften in den Jahren 1913, 1914 und 1915. — Die Abschlüsse für 1916. — Verteilung und Aufspeicherung der Gewinne.

Ein wirtschaftlicher Mobilisierungsdienst war bei Ausbruch des Krieges nicht vorhanden. Dennoch konnte die deutsche Industrie den ihr aus der Kriegsführung erwachsenen Aufgaben gerecht werden, so gewaltig die Anforderungen auch waren, die an sie gestellt werden mußten. Sie hat Schwierigkeiten überwunden, die als unüberwindlich gesehen und gelten könnten, weil erst unter dem ehemaligen Zwang der Verhältnisse neue Möglichkeiten erschlossen wurden. Alles das aber hatte den technischen, organisatorischen und finanziellen Hochstand zur Voraussetzung, den die meisten Unternehmungen der maßgebenden Industriezweige bei uns aufwiesen. Ohne Überleitung kann die Feststellung getroffen werden, daß die Industrie seines anderen kriegerführenden Landes eine gleiche Höhe der Entwicklung erreicht habe. Nur dieser gewaltige Vorprung könnte einen Ausgleich für die ungeheure Hemmnisse geben, die der Produktion aus der fast völligen Unterbindung der Zufuhr von den wichtigsten Rohstoffen entstanden. Anderseits ergab sich aus der Abschrägung des deutschen Exports eine Stärkung der verfügbaren Mengen von Rohstoffen ausländischer Herkunft, deren Ergänzung von außen her zum allergrößten Teil bald unterblieb. Zweifellos haben auch mannsfache Industrien des Auslandes, vor allem Englands, während des Krieges einschneidende Neorganisations erfahren, aber dort vollzog sich dieser Prozeß unter unendlich günstigeren Bedingungen; die Engländer konnten die Umstellung ihrer Unternehmungen für die Produktion von Kriegsgerät und Munition sehr lange ungestört durchführen, weil sie zunächst auf die Produktion ihrer Betriebe nicht unbedingt angewiesen waren, denn Amerika stand mit schier unermesslichen Lieferungen zur Verfügung. Durch die besondere Verteilung der deutschen Industrie wurde die Erfolgswirtschaft mit ihren technischen Wundern hervorgerufen, die die Bedeutung in einer kommenden Friedenszeit auf vielen Gebieten behält und dadurch einen lebenswegen zu unterstreichenden Fortschritt bedeutet.

War Deutschland ganz auf sich selbst gestellt, so ging das Ziel der Kriegswirtschaft ausschließlich dahin, die erforderliche Produktion heranzuschaffen; die Frage der Erzeugungskosten wurde überhaupt nicht gestellt und trat zunächst gegenüber der Lösung der Bedarfsdeckung fast völlig in den Hintergrund. Darin zeigten sich die schweren Mängel des Fehlens eines wirtschaftlichen Mobilisierungspolitik mit zu deutlich; die spätere Schaffung kriegswirtschaftlicher Organisationen hat die Folgen dieser Unterlassung nicht entfernt wettmachen können. Abgesehen von den erhöhten Schwierigkeiten der Produktionsbeschaffung, stiegen dabei die Kosten unendlich, und nicht nur die staatlichen Lieferungen wurden dadurch enorm verteuert, das gesamte Wirtschaftsleben trat in das Zeichen der Preistreibereien, deren Dämpfung bei einem planmäßig vorbereiteten Vorgehen immerhin in einem beträchtlichen Umfang möglich gewesen wäre. Für die Produktion hätte ein derartiger Zustand wohlträgtere Folgen gehabt als die so vielfach zugeschlossenen Preis- und Gewinnsteigerungen, deren

augenblicklicher Vorteil für die beteiligten Unternehmungen nicht über Nachteile hinwegtäuschen kann, die sich erst später offenbaren werden. Auch in diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die in starken Kartellen zusammengefassten Industriegewerbe sich in den ersten zwei Kriegsjahren in ihren Preisforderungen wesentlich maßvoller gehalten haben als die weniger streng oder gar nicht organisierten Betriebe.

Je länger, je mehr sind fast alle Gewerbezweige in den Strom kriegsindustrieller Tätigkeit hineingezogen worden, und sie erlangten dadurch eine gegenüber den Ergebnissen der Friedensjahre wesentlich gestiegerte Rentabilität. Nicht teilgenommen an der Kriegskonjunktur haben nur wenige Gewerbe, deren Aussfälle, so nachhaltig sie privatwirtschaftlich von den Beteiligten empfunden werden mögen, gegenüber den enormen Profiten der übergroßen Mehrzahl der Unternehmungen aller Art verschwinden. An sich führt die sprunghafte Ausdehnung der Produktion zu einer wachsenden Steigerung der Gewinne, die natürlich durch die fortwährenden Preissteigerungen, selbst unter Verstärkung der Verkürzung der Lebensdauer, sich rapid erhöhen. Eine besondere Gewinnquelle bildeten die Vorräte an Waren, die mit überaus hohen Preisaufschlägen sofort Verwendung fanden. Dabei vollzog sich ein großer Aufraum; Warenbestände, die in normalen Zeiten nur mit Verlust loszuveräußern gewesen wären und eigentlich nur noch als Ladenhüter gelten könnten, erbrachten wahre Liebhaberpreise. Für viele Zweige der Kriegsindustrie ist jedes Betriebsrisiko in Notfall gekommen; die eigentliche kaufmännische Tätigkeit hat sich hier vereinfacht und verebilligt.

Eine vergleichende Darstellung der wirklich erzielten Kriegsgewinne kann bei der mangelnden Klärheit, die die Bilanzierungsmethoden der Aktiengesellschaften auszeichnet, auch für die Aktienbetriebe nur teilweise gegeben werden. Eine solche Untersuchung für die wichtigsten Betriebe von 19 Industriegruppen hat die „Frankfurter Zeitung“ vorgenommen; veröffentlicht wurden deren Ergebnisse in der Zeit von Mitte Oktober vorigen Jahres bis Januar 1917. Diese Statistik erstreckt sich auf die Jahre 1913, 1914 und 1915 und schließt auch Gesellschaften ein, deren Geschäftsjahre bis in die Mitte des Jahres 1916 reicht. Der Reinewinn der darin berücksichtigten 416 Gesellschaften ist in den drei Jahren von 578 Millionen auf 594 und 591 Millionen gestiegen, obwohl für Abschreibungen und Rückstellungen vor Ermittlung des Reinewinnes im ersten Kriegsjahr 120 Millionen und im zweiten Kriegsjahr sogar 304 Millionen Mark mehr aufgewendet wurden als im letzten Friedensjahr. Das Grundkapital der untersuchten Gesellschaften betrug im Nennwert 4897 Millionen Mark. In der Zusammenfassung ergibt die Statistik der „Frankfurter Zeitung“ folgendes Bild:

Gruppe	Gesamt Gesellschaften (Anz.)	Gesamt Gesellschaften (Anz.)	Abschreibungen und Rückstellungen von Bruttoeinnahmen (in tausend Mark)			Reinewinn ohne Vorrat (in tausend Mark)		
			1913 und 18/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 18/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16
			A	B	C	D	E	F
Berg- u. Hütten- werke.....	89	1645,60	186185	186014	262026	207184	104100	826507
Braunkohlen- Industrie.....	20	981,85	21902	21850	25895	20819	26470	29880
Stahlwerke.....	31	180,85	14896	10477	37209	20847	42887	85868
Metall u. h. v. Maschinen.....	29	282,28	21874	20938	34040	33887	29482	46809
Gummiverwerke.....	18	77,57	10947	18372	17217	5886	8082	10844
Automobil- Industrie.....	14	87,85	7810	8154	18058	11154	19587	88028
Geflekt., Industrie	20	737,80	27864	40000	77465	35784	34461	103027
Cement.....	20	77,15	6580	4741	4027	10514	5286	+85
Chem. Industrie.....	20	846,45	86228	36484	50278	85518	71272	90920
Sprengstoffe.....	16	91,76	5655	8588	13261	16787	44980	
Textilindustrie.....	46	160,85	11241	16078	17344	20061	28282	53005
Gummi.....	18	82,87	7822	7759	9083	10824	12102	
Rohstoff., Papier.....	19	69,36	7843	12738	6986	12021	+6616	8024
Leeder.....	20	47,65	2800	8608	31058	6281	13715	21248
Schuhfabriken.....	11	28,80	1932	2040	5885	2820	4168	5051
Wäschien.....	17	36,39	3976	3842	5057	3771	9849	5902
Brauereien.....	18	87,81	8084	5809	4445	10784	23220	18096
Brotel.....	30	107,88	10453	10084	11795	10616	10895	17743
Zusammen....	416	4287,10	389122	438821	593899	578156	598790	891519

Dieselben Gesellschaften weiter aus.

Durchschnittsabschreibungen in Prozent	Abschreibungen und Rückstellungen im Jahr 1915 (in Prozent)	Reinewinn im Jahr 1915 (in Prozent)	Abschreibungen und Rückstellungen im Jahr 1916 (in Prozent)		Reinewinn im Jahr 1916 (in Prozent)	
			1915 und 18/14	1916 und 14/15	1915 und 18/14	1916 und 14/15
9,00	7,70	12,00	14010	124142	11720	56408
10,40	9,70	10,80	24039	22487	20729	2970
9,88	18,09	20,71	17756	28861	14700	52220
8,60	7,70	12,80	20687	19558	1501	5927
8,85	5,60	7,70	2996	4844	904	26728
7,69	11,88	18,49	5976	9120	13665	8450
9,12	9,88	10,40	50004	64810	74140	11024
9,41	4,80	1,88	7848	8699	1452	1087
20,88	15,20	17,78	20165	48426	61940	18881
14,28	14,50	22,70	8716	12724	20870	652
8,72	9,84	11,24	14908	16713	19059	2219
17,34	18,81	14,99	9007	7001	7885	9059
10,60	8,70	4,60	7869	2585	8229	1800
6,00	19,00	19,60	9176	5610	9108	1162
7,00	9,00	18,00	1966	2670	8100	424
7,08	10,58	10,79	2664	3888	8616	8997
15,90	82,90	26,70	7698	18800	12479	8951
8,41	9,29	9,52	6952	10001	10288	4951
4,67	0,01	0,01	1972	290	1888	1928

Auf. 9,55 9,01 19,51 4287,10 389122 438821 593899 578156 598790 891519

Auch diese Berechnungen können noch keinen erschöpfenden Nachweis der ganzen Gewinnfülle geben, denn neben den nicht erkennbaren „stillen“ Reserven werden nur zu oft auch Sonderrückstellungen als Rücklagen für die Kriegsgevinsteuer wie mit Bleib versteckt. Hinzu kommen ferner noch Gewinnabschüttungen durch Kapitalerhöhungen unter Bedingungen, die den Charakter der Sonderdividende deutlich erkennen lassen, aber darüber statistische Bestellung entziehen. Für das Jahr 1916 und 1916/17 haben Aktiengesellschaften in langen Reihen ihre Dividenden und Gewinnverteilungen in sonstiger Form gegenüber dem Vorjahr noch erhöht, während die ausgewiesenen Reinewinne nicht die entsprechende Steigerung aufwiesen. Das erklärt sich daraus, daß die Verwaltungen in den vorhergegangenen Jahren kolossale Abschreibungen und Rückstellungen gemacht haben, so daß sie sich darin nun mit Rücksicht gewisse Beschränkungen aufstellen ließen. Über die für die Gewinnverteilung bestimmten Summen lassen im Verhältnis zu dem gesamten, wirklich erzielten Gewinn auch noch wie vor noch rechtliche Rückstellungen zu, so daß für die innere Kräftigung der Aktienunternehmungen weiter viel getan werden ist. Das war ein Gebot der Notwendigkeit; denn der Umbau, dem die auf die Erzeugung von Kriegsbedarf eingestellte Industrie unterworfen werden muß, wenn die Waffen ruhen werden, wird riesenhafte Mittel beanspruchen, sowohl an direkten Anforderungen als auch durch Einbußen, die bei der grundlegenden Veränderung der Verhältnisse für nicht wenige Betrieb unvermeidlich sein werden.

Berlin, den 28. Juli 1917.

Julius Raetzki.

Böswillige Behauptungen über die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaftsleistungen.

Die schlimmen sozialen Begleiterscheinungen des langen Kriegsverlaufs werden seit einiger Zeit zu einer Gegegnung gegen die Leistungen der deutschen Gewerkschaften ausgebeutet. Darauf beteiligen sich, wenn der Kriegsbeginn der Gewerkschaften bis Kriegsausbruch und ihre erfolgreiche praktische Arbeit im Interesse ihrer Mitglieder während des Krieges nicht behagt, und wer die Gewerkschaften spalten möchte, damit die in der sozialdemokratischen Partei eingetretene Absplitterung eine kräftige Stütze finde; zum Schaden der Arbeiterschaft und zum lebhaften Ergre

Gegner natürlich. — An diesem verdächtigen Treiben nimmt aber auch ein Teil der ausländischen Gewerkschaftspresse Anteil; denn es gibt in dieser bezeichnenderweise Zeute, die glauben, neutral zu sein, wenn sie von den deutschen Arbeitern ein Verhalten zu ihrem Vorteile fordern, das, wenn es die Arbeiterorganisationen der mit Deutschland kriegsführenden Staaten über, von ihnen als verwerflich und landesverräterisch denunziert wird.

Ein Musterbeispiel solcher „neutralen“ Blätter ist die „Schweiz im Kriege“ die Metallarbeiterzeitung. Diese behauptete in ihrer französischen Ausgabe („Le Metallurgiste“) vom 12. Mai, unter ebenso抱ortigen wie unsinnigen Ausfällen auf die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, insbesondere deren Vorstandes, dieser habe sich mit einem Briefe einverstanden erklart, in dem General Gröner seine Kollegen ausdrücklich, als „Kämpfer des Kriegs“ bezeichnet hätte. Da diese verlogene Behauptung auch in Deutschland aufgestellt wird und nun endlich, auf die Unwissenheit der gerade Unbesiedelten vertrauen zu können, selbst in Versammlungen auftaucht, sei hier angeführt, was der Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Herr, dem „Metallurgiste“ zur Richtigstellung und zur Sicherung der Wahrheit übermittelte:

Das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschwert sich über einen im „Metallurgiste“ am 12. Mai erschienenen Artikel: „Eine historische Sichtung des Schatzars des internationalen Gewerkschaftsbüros, Herrn Regent.“

Diese Bestellung ist gerechtfertigt, denn der in Frage stehende Artikel entsprach nicht den Tatsachen. Es wurde darin festgestellt, dass gemeinsam mit anderen Gewerkschaften mit dem Ton eines Briefes einverstanden erklart zu haben, in dem General Gröner die Arbeiter als Kämpfer bezeichnete. All Neutrales sollte man, bevor man solche Ansichtungen erhebt, in allen Fällen in objektiver Weise den Tatbestand prüfen. Eine solche Prüfung hätte ergeben, dass die ganze im „Metallurgiste“ eröffnete Umfrage jeder Begründung bar ist. Wang im Gegenteil haben die Mehrheitsabgeordneten zusammen mit denen der Minderheit und sogar einigen bürgerlichen Abgeordneten energisch gegen den Grönerischen Aufruf protestiert, der in den Fabriken ausgezogen war und in dem die Arbeiter als Kämpfer bezeichnet wurden. Wahr ist, dass die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften zusammen mit den Gewerkschaftsvereinen einen Brief an Gröner geschrieben haben; dieser Brief hat aber nichts zu tun mit dem Ausdruck Kämpfer. Nach dem Streit vom 18. bis 18. April hat der General-Sindenburg in seiner Eigenschaft als Leiter des Kriegsamt ein Schreiben an Gröner gerichtet, das zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden sollte. Sindenburg fordert in seinem Brief, dass Rüstungsarbeiten nicht zu veranlassen, und Gröner unterstützte ihn darin. Vor diesen in verbindlichem Ton gehaltenen Brief haben die Gewerkschaften geantwortet. Dieser Brief enthielt den Ausdruck der Einheitslosigkeit der Gewerkschaften, bundesunabhängig. Aber er fordert zu gleicher Zeit von der Regierung, dass Maßnahmen ergriffen werden, um den Arbeitern eine ausreichende und billige Nahrung zu sichern, und dass sie risikolos Spezialitäten und Wucherer ansetze. Es wird ferner verlangt, dass die Arbeiter ausreichende Löhne erhalten, dass ihre Rechte nicht beschränkt werden, und dass sie behandelt werden wie es sich gehört, welche letzteres in einer Übersicht von Betrieben nicht der Fall ist.

Worauf steht leichter den Splitter im Urtheil des Richters als den Ballen im eigenen. Wir haben über den besten Willen, die internationales Beziehungen der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten, die vor allem so wichtig sind im Hinblick auf die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe, die in keinem Lande ausbleiben werden, und die internationales Solidarität um so dringender erfordern.

Es wäre eine schlechte Vorbereitung für diese Zeit, wenn wir Miztoren gegen unsere ausländischen Gewerkschaften ständen und sie als Verräter brandmarken würden, ohne zu prüfen, ob wir uns nicht in einem Irrtum befinden. Seien wir vorsichtig in unserer Kritik, denn auch wir sind nicht fehlerlos.

Karl Dürer.

Natürlich hat nun das erwähnte „neutrale“ Organ nicht einfach eingestanden, dass es keinen Unstum verzaubert hat, sondern es will seine Behauptungen nur aus anderen Zeitungen entnommen haben. — (Im übrigen sei bemerkt, dass die Generalkommission unserer Gewerkschaften sich nicht beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund befürwortet hat. Das „Correspondenzblatt“ hatte den Artikel vielmehr in seiner Nummer 22 nur nachgedruckt, um zu zeigen, wie gegen die deutschen Gewerkschaften gekämpft wird. Und das veranlasste die Nichtigstellung.)

Wir raten unseren Kollegen, wo ihnen obiger oder ähnlicher Schwund vorgezeigt wird, diesem Treiben entschieden entgegenzutreten. Denn wir haben keinen Unstum, gemischt Leuten behilflich zu sein, die so ihre Parteiüppchen lochen und verhindern möchten, dass wir praktische Vorteile für die Arbeiter erreichen, weil sie annehmen, diese hören dann nicht mehr so aufmerksam auf Schlagworte und höhere Redensarten.

Von unseren Kollegen im Felde.

Die Filiale Hamburg berichtet, dass das Eisernen Kreuz zweiter Klasse die Mitglieder Heinrich Carsten und A. Depen de h m e r (Bergedorf), das Hamburger Hanseatencruz das Mitglied Otto Rüdiger erhalten. Aus Grünberg i. Sch. wird uns mitgeteilt, dass die Kollegen Arthur Schreck und Michael Sporn das Eisernen Kreuz zweiter Klasse erhalten haben. Von Kiel erfahren wir, dass der Kollege Hermann Langmaier das Eisernen Kreuz zweiter Klasse erhalten hat.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Berlin. Am 14. Juni fand hier eine nur schwach besuchte Versammlung statt. Es lag ein Antrag vor, durch den gegen ein Schreiben der Generalkommission vom 18. Januar an den Reichsanziger und an den Präsidenten des

Kriegsamtes protestiert und jener das Recht abgesprochen werden sollte, solche Erklärungen im Namen der Gewerkschaften abzugeben. Auch wurde gefordert, aus der Berliner Generalkommission auszutreten. Zur Begründung dieses Antrages führt Kollege Mittenthal aus: Nach dem Streit der Rüstungsarbeiter im April d. J. habe General Gröner seinen berühmten Aufruf erlassen, in dem er die freitenden Arbeiter „Kämpfer“ nenne. Die Gewerkschaftsbüro hätten dagegen nichts unternommen. Das stimmt nicht. Die Gewerkschaftsbüro im Reichstag haben sich ganz entschieden gegen diesen Aufruf gewendet, der in gar keinem Zusammenhang mit einem der Schreiben an General Gröner steht und später als diese abgelaufen, erlassen wurde. Wir verweise auch auf den Artikel in dieser Nummer: „Wohltätige Schauspieler...“. Red. d. „Ber.-Ang.“). Bedauerlich sei auch, dass diese in allen Fragen mit den Christlichen und Geschäftsmännern zusammengingen. Dem Hilfsdienstgebiet hätte nicht zugestimmt werden müssen. — Kollege Rau spricht seine Genugtuung darüber aus, dass die Berliner Kollegen den „Vorwärts“ boykottieren haben. Es wäre besser gewesen, beim Streit der Rüstungsarbeiter dem Metallarbeiterverband die Führung nicht zu überlassen. Es sei nötig, die Statuten des Verbandes so zu ändern, dass den Mitgliedern ein größeres Recht über die Angestellten gegeben werde. Sollte dies nicht möglich sein, dann müsse die Spaltung in den Gewerkschaften genau so erfolgen, wie es in der Kartei geschehen sei. (Das ist ein sehr bemerkenswertes Eingeständnis, das sich unsere Kollegen merken werden, wenn später, sollte es etwa, was wir allerdings noch befürchten, zu einer Spaltung kommen, versucht werden wird, die Equidat davon auf andere zu schieben. Red. d. „Ber.-Ang.“) Aus diesem Grunde beantragte er folgendes: „1. Die versammelten Mitglieder des Filiale Verbands sprechen der Generalkommission das Recht ab und haben ihr auch kein Mandat gegeben, Aufrufe an die Regierung im Namen der Mitglieder zu veröffentlichen. 2. Der Hauptvorstand ist zu beauftragen, in allerndächst Zeit einen Verhandlungstag einzuberufen mit der Zugsordnung: Statutenänderung. Die Statuten sind den heutigen Verhältnissen nicht mehr angepasst und müssen einer neuen Bevölkerung unterzogen werden.“ — Der Antrag Mittenthal wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt, der letztere wurde angenommen.

Hierauf stand ein Antrag des Filialvorstandes zur Verhandlung, der für die Angestellten eine Teuerungszulage forderte. In der Diskussion wurde allseitig anerkannt, dass das Gehalt der Angestellten den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Die Versammelten standen aber auf dem Standpunkt, dass sie den Antrag, soweit es von beiden Kollegen handelt, die vom Hauptvorstand angestellt sind, ablehnen müssten, weil ihnen ein Verflüchtigungsrückhalt diese fehle. Der Antrag des Filialvorstandes wurde dann in folgender Form angenommen: „Den Haushaltserneuerung ist eine Zulage von monatlich M 10 zu zahlen.“ Hierauf wurde beschlossen, beim Hauptvorstand zu beantragen, den beiden Angestellten Plum und Mies, die vom Hauptvorstand angestellt sind, ihr Gehalt in gleicher Weise zu erhöhen, so dass M 1,50 Stundenlohn erreicht wird.

In der Versammlung am 22. März halte Kollege Mittenthal die Behauptung aufgestellt, dass auch die Zentralstelle Berlin des Bauarbeiterverbandes den Beschluss geagt habe, den „Vorwärts“ zu boykottieren, aber die Diskussion wünscht sich um diesen Beschluss nicht summieren. Hierzu wird vom Vorstand ein Schreiben des Bauarbeiterverbandes verlesen, worin er diese Behauptung als gegenüber besserem Wissen aufgestellt bezeichnet. Er vertheidigt sich ganz entschieden dagegen, dass ein derartiger Beschluss in der Zentralstelle Berlin des Bauarbeiterverbandes besthebe. H. M.

Cassel. Am 8. Juli fand die Quartiersversammlung der Filiale statt. Nachdem der Kassenbericht vom zweiten Quartal zur Kenntnis der Versammlung gebracht war, wurde die Frage der weiteren Teuerungszulage behandelt. Auf Grund der Vereinbarung der Centralvorstände vor dem Reichstag am Innern wurde an die hiesige Ortsgruppe des Südwestdeutschen Maler- und Tünndermeisterverbandes das Ersuchen gestellt, eine weitere Teuerungszulage von 4,- pro Stunde zu gewähren. Bis zur Versammlung lag zwar noch keine endgültige Zustimmung der Arbeitgeber vor, jedoch wurde in Aussicht gestellt, dass die am 15. Juli stattfindende Versammlung eine weitere Zulage von 4,- bewilligen werde. Die zustimmende Antwort der Arbeitgeber ist dann auch am 15. Juli eingetroffen, so dass nunmehr die Teuerungszulage in diesem Jahre 18,- zusammen mit der vorjährigen 19,- pro Stunde beträgt. Der in der Versammlung anwesende Begründer, Kollege Zimmermann, forderte die Kollegen auf, das Ergebnis in der praktischen Werbearbeit für den Verband auszunützen und vor allem die Organisation kräftig in ihrer Betätigung zu unterstützen, damit die Filiale einen festen Stamm von Kollegen in die hoffentlich bald eintretende Friedenszeit bringt. Mit dem Ersuchen, ihm kräftig bei seiner Tätigkeit zu unterstützen, schloss Kollege Preuß, der nun nebenamtlich die Geschäfte der Filiale besorgt, die Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Der Centralverband der Bäder im Jahre 1916.

Das Jahrbuch des Centralverbandes der Bäder, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands ist auch in diesem Jahre wieder erschienen, wenn auch, wie das Vorwort mitteilt, die Zahl der Verbandsmitglieder seit Kriegsbeginn auf weniger als ein Fünftel herabgegangen ist. Obwohl es sich um eine Industrie handelt, die eigentlich das zum Leben Unentbehrliche herstellt, sind doch auch hier die Wirkungen des Krieges sehr tiefgehend. Nach den Berichten der Nahrungsmittelindustrie stieg zwar die Zahl der Betriebe im Bäder- und Konditorenverband von 1913 bis 1914 von 19 153 auf 21 376 und bis zum nächsten Jahre auf 22 655 (für 1916 liegen die Daten noch nicht vor); aber die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die von 1913 bis 1914 sich von 79 002 auf 84 064 erhöht hatte, verminderte sich im folgenden auf 87 261 und hat im laufenden Jahre natürlich eine weitere starke Abnahme erfahren. Beachtenswert ist dabei die Tatsache, dass der Mangel an Arbeitskräften häufig den Übergang zu einer verbesserten Pro-

duktionsmethode eingeleitet hat, was wahrscheinlich noch stärker hervorgetreten wäre, wenn nicht die Einschaffung neuer maschineller Einrichtungen unter heutigen Umständen besonders erschwert wäre. Die Zahl der Motorenbetriebe hat auf Kosten der Handbetriebe eine gleichstarke Vermehrung erfahren, und die Arbeiterzahl hat sich hier, prozentual wenigstens, nicht im gleichen Maße verringert wie im Handbetrieb.

Der Mitgliederbestand sah von 9110 (6844 männliche und 2488 weibliche) Ende 1915 auf 7484 (5806 männliche und 2178 weibliche) Ende 1916. Rückschauend ist, dass auch die Zahl der weiblichen Mitglieder zurückgegangen ist, was sich aber daraus erklärt, dass diese doch meist nur Hilfsarbeiten ausführen, die sich mit dem allgemeinen Rückgang der Produktion von selbst verringern.

Das dauernde Verbot der Nacharbeit, die vordringlich für die Kriegszeit durch Bundesratsverordnung aufgehoben wurde, ist im Berichtsjahre weiter gefördert worden. Bei einer Abstimmung, die der Verband unter den im Felde befindlichen Berufsgenossen veranstaltete, stellte es sich heraus, dass 11 190 Bädergenossen für eine dauernde Belebung der Nacharbeit und nur 11 dagegen waren, während sich von den Arbeitgebern 8748 für und 77 gegen die Reform erklärt. Der Verband machte im letzten Jahre in Gemeinschaft mit dem christlichen und katholischen Gewerkschaftsverbänden eine Einigung an den Stadtkreisels des Innern, die ein gesetzliches Verbot der Nacharbeit in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens forderte. Der Antwort steht noch aus. Mit den Vertretern der Konsumvereine, die ursprünglich im Interesse der für die großen Betriebe wichtigen Vorarbeiten eine Durchbrechung der Nacharbeit wünschten, konnte eine Einigung erzielt werden.

Auch die Belebung der Sonntagsarbeit hat im Berichtsjahr vorgenommen gemacht. Die Zahl der Bädergenossen, die keine Sonntagsarbeit zu leisten hatten, ist nach den Erhebungen des Verbandes von 21 p. 1. in 1915 auf 29 p. 1. in 1916 gestiegen.

Die Lohnbelebung im Berichtsjahr waren nicht sehr zahlreich und endeten in allen Fällen durch friedliche Verhandlungen. Es waren an ihnen 850 Berufsgenossen beteiligt, von denen 802 eine Lohn erhöhung von zusammen M 855 pro Woche und 110 eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 278 Stunden erreichten. 2 Tarifverträge wurden im Berichtsjahr neu abgeschlossen und 8 durch Verbesserungen erneuert, so dass am Ende des Jahres 288 Tarife im ganzen Gewerbe bestanden, die 7787 Betriebe und 20 282 Beteiligte umfassen. Der im Jahre 1914 mit dem Centralverband deutscher Sonnsumvereine abgeschlossene Melioratrat wurde im letzten Jahre von einer Reihe weiterer Vereine übernommen, so dass das Bild der Bewilligungen nunmehr folgendes ist:

Den Reichstag hatten anerkannt:

1914.....	97 Vereine mit 1508 Beschäftigten
1915.....	185 " " 1855
1916.....	190 " " 1887

Es fehlen jetzt noch 59 Verbandsvereine mit 106 Beschäftigten, also alles kleinen Vereine, die aber hoffentlich auch bald ihren Verpflichtungen nachkommen werden.

Teuerungszulagen wurden bis Ende 1916 von insgesamt 152 Genossenschaften mit 1892 Personen bewilligt; es ist also immer noch ein, wenn auch kleiner Teil der genossenschaftlichen Bäderarbeiter, die während des Krieges keine Zugaben erhalten haben. In der Privatindustrie wurden gleichfalls in weitgehendem Maße Zugaben bewilligt. Am höchsten waren die Zugaben in Berlin, wo bereits im Jahre 1914 ein um durchschnittlich M 9,55 höherer Wochenlohn bewilligt wurde als 1914.

Der Kassenbericht weist für das Jahr 1916 Einnahmen in Höhe von M 808 881 und Ausgaben in Höhe von M 812 081 nach. Der Kassenbestand am Jahresende betrug M 458 224 gegen M 401 804 am Schlusse des Vorjahrs. Trotz der schweren Geschlechterungen der Kriegszeit hat sich der Verband also bisher gut gehalten und seine Pflichten gegenüber seinen Mitgliedern erfüllt.

Teuerungszulagen und Tarifbewegung im Holzgewerbe. Bei der herrschenden Teuerung haben die Holzarbeiter sich seit mehr als Monaten um erneute Teuerungszulagen bei ihren Arbeitgebern bemüht. Die Unternehmer haben jedoch — mit verschwindenden Ausnahmen — das bestehende Tarifverhältnis vorgesetzt und ernstliche Verhandlungen über diese von den Arbeitern erhobenen Wünsche an den einzelnen Orten abzuwehren gesucht. Für solche Verhandlungen sollten nach ihren Einwendungen nur die Centralvorstände der beiderseitigen Organisationen zuständig sein.

Bei dieser Sachlage sah sich der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veranlasst, dem Arbeitgeberverband zu fordern, dass das deutsche Holzgewerbe Anfang Juni zentrale Verhandlungen über die bis dahin an den einzelnen Orten gestellten Forderungen der Arbeiter anzubieten.

Wie bei den meisten derartigen Fällen, hat es auch dieses Mal wieder recht lange gedauert, bis die Unternehmen ihre Vorbereitungen für solche Verhandlungen getroffen hatten; doch werden diese Verhandlungen nunmehr in den nächsten Tagen unter der Leitung des Kriegsministers vor sich gehen.

Der Holzarbeiterverband hat inzwischen auf einer Reichskonferenz am 11. und 12. Juli, zu welcher Vertreter aus 105 Vertragsorten delegiert waren, zu den bevorstehenden Verhandlungen Stellung genommen. Nach gründlicher Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände hat die Konferenz ihre Stellung in nachfolgender, einstimmig beschlossener Resolution festgelegt:

„Unter dem Druck der wachsenden Teuerung, die die Griffigkeit der Arbeiterbevölkerung aufzertont und in steigendem Maße belastet, haben die Holzarbeiter im Reich, gestützt auf das im vorigen Jahre vor dem Reichsamt des Innern getroffene Übereinkommen, schon seit Monaten erneute Lohnforderungen an die örtlichen Arbeitgeberorganisationen gestellt.

Die heutige Konferenz von Vertretern aus 105 Vertragsorten beauftragt den Verbandsvorstand, die Forderungen in Höhe von mindestens 90,- für die Stunde mit den entsprechenden Lebensförderungen bei den vom

Arbeitgeber angebotenen centralen Verhandlungen mit größtem Nachdruck zu vertreten.

Die Konferenz protestiert gegen die wochenlange Verzögerung dieser Verhandlungen durch die Arbeitgeber und verlangt unter allen Umständen jetzt eine schnelle Erledigung, weil der Verband die Verantwortung für die andernfalls entstehenden Folgen nicht zu tragen vermöge.

Sozialpolitisches.

Berichtigung. In unserer Nr. 80 ist beim Umbrechen ein Fehler gemacht worden infosfern, als der Titel "Sozialpolitisches" mit drei Zeilen Text "zur Frage der Miete-Steigerung" vor "Gewerkschaftliches" geraten ist. Aufmerksamen Lesern wird der Zusammenhang nicht entgangen sein. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Das Überwiegen der weiblichen Arbeitskraft in der Tabakindustrie. Nach einer fürstlich vorgenommenen Erhebung waren im Bereich des 14. Armeekorps (Baden und der äußerste Teil Ober-Elsach) 24 483 Tabakarbeiter beschäftigt. Von diesen waren 21 483 weibliche und genau 3000 männliche Arbeiter. Von den letzteren können noch 1570 zum Heeres- oder Hilfsdienst eingezogen werden. Der Rest verteilt sich auf solche männliche Arbeiter, die entweder das heeres- oder hilfsdienstpflichtige Alter noch nicht erreicht oder dasselbe bereits überschritten haben. Unter den 1570 Arbeitern, die noch zum Heeres- oder Hilfsdienst herangezogen werden können, befindet sich eine größere Anzahl Muslime. Bei diesen handelt es sich in der Hauptsache um Werkmeister, Sortierer, Wälder usw. Wie man aus diesen Zahlen ersieht, sind die männlichen Tabakarbeiter in Baden schon fast ganz verschwunden.

Die Einkommensverschiebungen während des Kriegszeit. Der Krieg bringt zweifellos große Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen mit sich. Große Schichten haben ganz erhebliche Mehreinnahmen. Es sei zum Beispiel auf die Landwirtschaft, bestimmte Zweige der Industrie und des Handels verwiesen. Der Tatfrage, daß sich in weiteten Kreisen eine umfangreiche Verdichtung von Vermögen vollzieht, steht auf der andern Seite jene gegenüber, daß auch zahlreiche Vermögens- und Einkommensverminderungen stattgefunden haben. Bemerklich restlos wird man das letzte von den Festbesoldeten behaupten können. Im Kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand liegen die Verhältnisse ebenfalls nicht günstig, zum mindesten nicht gleichmäßig. Sehr verschieden liegen die Dinge im Arbeitervorstande.

Die Statistik der Einkommensteuerverlängerung gibt nur zum Teil Aufklärung über die Vorgänge. Ihr Mangel besteht darin, daß sie noch nicht die einzelnen Gewerbegruppen unterscheidet. Im allgemeinen zeigt uns die Statistik, daß nach Kriegsausbruch ein Rückgang des Durchschnittseinkommens eintrat, der sich dann in einem schnellen Zuwachs verwandelte. In Preußen betrug im Durchschnitt auf einen Besitzer eines steuerpflichtigen Einkommens im Jahre 1918 M. 2602. Es stieg — der heutigen Tendenz folgend — auf M. 2887 im Jahre 1914. Das volle Kriegsjahr 1915 brachte einen Rückgang auf M. 2882, das Jahr 1916 dagegen eine Erhöhung auf M. 2827. Auf dem Lande allein waren die entsprechenden Ziffern M. 1918, M. 1977, M. 1968 und M. 2060. Bemerkenswert sind die Veränderungen von 1915 auf 1916. In dieser Zeit stieg das Durchschnittseinkommen einer physischen Person allein (also abgesehen von den juristischen Personen, wie Aktiengesellschaften usw.) von M. 287 auf M. 2480.

Die Nachrechnungen ergeben, daß die Bevölkerungsziffer nur wenig, nämlich von 41 086 081 im Jahre 1915 auf 41 052 718 im Jahre 1916 angewachsen ist. Die Zahl der Steuerpflichtigen stieg aber weit stärker, nämlich von 7 300 619 auf 7 508 529, so daß sich der Anteil der Steuerpflichtigen an der Gesamtbevölkerung von 17,70 auf 18,29 erhöhte. Ohne diesen Zugang vieler kleiner Einkommen wäre das Durchschnittseinkommen noch weit mehr gestiegen. Trotz des Zuganges ist der Friedensstand von 1914 noch nicht wieder erreicht; es fehlen immer noch 175 588 Verenlagte. Der Gesamtbetrag der von den physischen Personen zu erhebenden Steuer stieg von M. 954 000 000 im Jahre 1915 auf M. 498 000 000 im Jahre 1916.

Dass die Steigerung des Einkommens noch nicht gleichbedeutend ist mit einer Erhöhung der Wohlhabenheit, braucht hier nicht auseinandergezogen zu werden. Sie ist zum Teil eine Folge der Entwertung des Geldes, die mit der Endigung des Krieges noch nicht abgeschlossen sein wird. Trotz eines wohl bestimmt zu erwartenden Engagements der Regierung in die Preisgestaltung werden wir infolge des erheblichen Mangels an den wichtigsten Bedarfsgütern noch auf lange Zeit, vielleicht auf Jahre hinaus, eine Fortdauer der hohen Kriegspreise zu rechnen haben. Es wird langer Zeiten bedürfen, bis die alten Verhältnisse auch nur annähernd wiederkehren. Das muß aber die jetzt im Kriege vor sich gegangenen Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen noch weiter nach der gleichen Richtung beeinflussen.

Erhöhung der Mehrlration und Fortfall der verbilligten Fleischzulage. Mitte August 1917 wird die allgemeine Ration an Rehl für die Versorgungsberechtigten von 170 g auf 220 g täglich erhöht (vor dem 15. April 1917 betrug die allgemeine Ration 200 g, während weitere 20 g in Streckmitteln, soweit solche zur Verfügung standen, gegeben wurden). Den Rationstag des Eintritts der Rationierung bestimmen die Kommunen entsprechend ihrer Versorgungswoche.

Von demselben Zeitpunkt ab kommt die seit Mitte April 1917 gewährte verbilligte Fleischzulage von wöchentlich 250 g wieder in Fortfall.

Für die Bemessung der Schwer- und Schwerverarbeiterzulagen und des Rehlersatzes für fehlende Kartoffeln bleiben die zurzeit bestehenden Bestimmungen unverändert.

Amfang Oktober 1917 ist auf Grund der bis dahin vor zunehmenden Erntefälligkeit und Viehzählung die zu verteilende Ration an Rehl, Fleisch und Kartoffeln erneut

festzulegen. — Die den Getreidefamilien zugeschneite Menge an Brotdreie ist durch Beschluss des Bundesrats vom 1. August ab auf den bis zum 15. April in Geltung gewesenen Satz von 9 kg monatlich wieder erhöht worden.

Die Kosten der Lebenshaltung. Welche gewaltige Umwidlung der Weltkrieg in der Lebenshaltung der Völker mit sich gebracht hat, empfinden wir nicht nur täglich bei uns, sondern in allen Ländern sind die bisherigen Grundsätze für die Unterhaltskosten einer Familie über den Haufen geworfen worden.

Der Verband der Schweizerischen Konsumvereine veröffentlicht viertjährlich eine Statistik über die Lebenskosten einer Durchschnittsfamilie. Danach beträgt die Ausgabe für die notwendigen Lebensmittel einer fünfköpfigen Familie unter Zugrundelegung eines Einkommens von 8000 Franken am 1. Juni 1917 1866,87 Franken, am 1. Juli 1916 betrug sie 1455,92 Franken, am 1. Juni 1914 — 1048,88 Franken. In drei Jahren haben sich die Kosten um 78,8 p. ct. erhöht. Die fortwährende Zeiterhöhung war seit Kriegsausbruch am intensivsten in diesem letzten vergangenen Vierteljahr.

Nach angestellten amtlichen Berechnungen stellen sich in Amerika die Kosten des Lebensunterhalts einer Familie von fünf Personen (Vater, Mutter und drei Kinder von 6 bis 18 Jahren) auf mindestens 980 Dollar (rund M. 4100). Das ist eine Zunahme von 140 Dollar seit einem Jahre. Die Steigerung fällt auf das Menü der Nahrungsmittel, die in der Berechnung von 888,1 Dollar in 1916 auf 492,80 Dollar in 1917 gestiegen sind. Für die Wohnungsverhältnisse sind 1% Personen auf jedes Zimmer gerechnet. Eine fünfköpfige Familie braucht danach vier Zimmer. Mietpreis pro Zimmer durchschnittlich 4 Dollar den Monat. Die Mieten sind heute gegenüber früher wegen Mangel an Einwanderern billiger geworden. Die Kleidung ist von jährlich 104,10 Dollar auf 127,10 Dollar, Heizung und Licht von früher 42,45 Dollar auf 48,75 Dollar gestiegen.

Genossenschaftliches.

Die Versicherung bei der Volksfürsorge hat sich in folgendem Maße wieder als eine sehr nützliche und kluge Familienfürsorge erwiesen. Ein 31 Jahre alter Farmer in Magdeburg versicherte sich am 15. Juli 1914 nach Tarif II bei einer Halbjahrsprämie von M. 8 für eine beim Tode spätestens aber nach 25 Jahren fällige Versicherungssumme von M. 1440. Er erfreute sich bester Gesundheit und konnte damit ruhigen, noch recht lange seine Prämien zahlen zu können. Aber schon am 7. Juni 1917 sollte er den Tod finden. Er versuchte, ein ins Wasser gefallenes Kind zu retten und ertrank dabei selbst. So verlor die Frau ganz unerwartet ihren Mann. Die Versicherung trat in Wirtschaft; die Witwe erhielt dadurch sofort M. 1487,80 ausgezahlt. Zu Prämien sind M. 210 eingezahlt worden.

Kapitalistische und soziale Genossenschaften. Schon vor dem Krieg, aber mehr noch im Verlaufe des Weltkrieges, hat der genossenschaftliche Gedanke fortwährend an Boden gewonnen. Nachdem anfangs nur die Verbraucher sich zu Konsumgenossenschaften zusammenschlossen, um sich gegen die Ausbeutung durch Produzenten und Händler zu schützen, erscheinen jetzt auch diese beiden Gruppen auf dem Plan und gründen Genossenschaften. Die landwirtschaftlichen Erzeuger- und die städtischen Händlergenossenschaften werden ohne Zweifel in den nächsten Jahren in unserm Wirtschaftsleben eine wichtige Rolle spielen und den Konsumgenossenschaften noch viel zu schaffen machen. Es muß und wird sich in diesem Wettbewerb auswirken, auf welcher Seite die größere Kraft und Lebensfähigkeit steht.

Wie jedermann weiß, kommt es bei einer Organisation nicht nur auf die äußere Form an, sondern auch auf den Geist, von dem sie beeinflußt ist. Hier beobachten wir nun einen gewaltigen Unterschied zwischen den Erzeuger- und Händlergenossenschaften einerseits und den Verbrauchergenossenschaften andererseits. Erstere verfolgen ausgesprochenermaßen selbstsüchtige Ziele und sollen dem Privatinteresse der einzelnen dienen, letztere haben sich das Gesamtwohl zum Ziele gesetzt und wollen allen Konsumenten — und alle Menschen sind Konsumenten — Nutzen bringen. Sie sind also im wahrsten Sinne des Wortes gemeinnützige Einrichtungen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind aus der Absicht herausgegangen, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorteilhafter zu vermarkten und dadurch den Mitgliedern höhere Gewinne zu verschaffen. Mittels der Girofaktoren soll die Vorteile des gemeinsamen Warenbezugsvon großen den Landwirten zugute kommen, in den Verarbeitungsgenossenschaften sollen Betriebskosten gespart und die Herstellung der Erzeugnisse verbilligt werden, durch die Verlaufsgenossenschaften will man den Zwischenhandel ausschalten und sich mit den Verbrauchern direkt in Verbindung setzen. Alle diese Vorteile sollen ungefähr in die Tasche der Landleute fließen. „Die durch die Genossenschaften erzielten Mehrgewinne gehören den Landleuten“, so erklärt ein hochtragender Führer der landwirtschaftlichen Genossenschaften. „Der Landwirt muß zu seinem Nutzen bestrebt sein, alle überflüssigen Zwischenmänner auszuschalten, denn das Geld, das diese Leute verbrauchen, kann er selbst verdienen.“ Hier haben wir die Selbstsüchtigkeit in Reinkultur: es wird nicht an die Verbraucher gedacht, die unter den hohen Lebensmittelpreisen leiden, die einzige Sorge ist, daß die Landwirte viel Geld verdienen. Ganz genau so verhält es sich mit den Händlergenossenschaften. Auch diese werden nicht etwa gegründet, um den Konsumenten die Beschaffung des Lebensunterhalts zu erleichtern, sondern lediglich in der Absicht, den Gewinn der Händler zu steigern.

Von dem dünnen Hintergrund der Selbstsüchtigkeit und des Eigenturzesses stehen die Konsumgenossenschaften erfreulich ab. Sie dienen selbstverständlich auch in erster Linie

dem Interesse ihrer Mitglieder; da aber jeder Konsum-Mitglied werden kann, so dienen sie dadurch auch der Allgemeinheit. Hingegen noch, daß sie von dem Weisse Solidarismus getragen werden und die Höchstverfolgung den Haftenden Zwiespalt zwischen Produzenten und Händlern auf der einen Seite und den Konsumenten auf der anderen Seite zu überwinden. Sie erzielen keine Sondervorteile auf Kosten der Erzeuger und der Vermittler; es liegt dem Grundsatz, daß jede nützliche Arbeit ihres Lohnes wert ist. Darum können sie den Landwirten und den andern Produzenten anständige Preise und den Händlern einen anständigen Verdienst. Sie wenden sich lediglich gegen die Ausbeutung der Verbraucher durch seine Wollgruppen und gegen die Kräfteversplitterung und Kräfteverwendung in unserer planlosen Individualwirtschaft. Die Konsumgenossenschaft ist nach der Absicht ihrer Gründer und Förderer keine Einrichtung zur Durchsetzung selbstsüchtiger Zwecke; sie soll vielmehr der Allgemeinheit dienen und eine wirtschaftliche Einheit aller Kräfte schaffen, in der die Ausbeutung der einen Bevölkerungsschicht durch die andere unmöglich gemacht ist, das ist das Ziel des Konsumgenossenschaftlichen Arbeit.

Vom Ausland.

Das internationale Gewerkschaftssekretariat. Es bekannt, befindet sich das Sekretariat des internationalen Gewerkschaftsbundes in den Händen Legiens in Berlin. Bald nach Kriegsausbruch errichtete Legien ein Zweigbüro in Amsterdam, um den Gewerkschaften der kriegsführenden Länder Gelegenheit zu geben, den Verkehr mit einander und mit dem Gewerkschaftssektor durch Vermittlung des neutralen Hollands aufrechtzuerhalten. Der Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Leon Jouhaux, verlangte jedoch die Übertragung des Sekretariats nach einem neutralen Lande. Sein Antrag war, die leitende Stellung der deutschen Gewerkschaften in der Internationale zu befestigen. Der Sekretär des englischen Gewerkschaftsbundes, Appleton, schloß sich diesem Verlangen an und begründete es durch maßgebliche Nebenstellen von der deutschen Verbaret usw. Hingegen waren sämtliche internationalen Gewerkschaftsorganisationen der neutralen Länder Europas sowie der mit Deutschland verbündeten Länder für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist ebenfalls der Ansicht der Neutralen, da statuenhaft nur ein internationaler Gewerkschaftslongress das kann habe, über eine beratliche Mahlzeit Beschlüsse zu fassen und die Abhaltung eines beratigen Kongresses nicht vorausfig — trotz aller Bemühungen Legiens — als unmöglich erwiesen habe. Bei der letzten Weltwirtschaftskonferenz des französischen Gewerkschaftsbundes in Paris war ein Schweizer Delegierter anwesend, dem es gelang, die französischen Gewerkschaften für einen internationalen Gewerkschaftskongress zu gewinnen, wo auch die Frage der Übertragung des internationalen Sekretariats zur Erledigung kommen soll.

Unbestimmt war die Haltung des englischen Gewerkschaftsbundes geblieben. Wie jetzt Leon Jouhaux in der "Bataille" vom 14. Juli berichtet, fand unlängst die Jahrestagung des englischen Gewerkschaftsbundes in Cheltenham statt. Die Frage der Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftslongresses und der Übertragung des internationalen Sekretariats von Berlin nach einem neutralen Lande bildeten den Gegenstand langer Diskussionen, und es wurde beschlossen, diese Angelegenheit vorher einer Gewerkschaftskonferenz der alliierten Länder zu unterbreiten. Die Franzosen erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Ende des Zürcher Bauarbeiterstreiks. Der Zürcher Streik, der sich monatelang hinzog, hatte, ist durch Vergleichsvertrag erledigt worden. Die tägliche Arbeitszeit soll nun bis 18. August 10 Stunden, von da bis Ende des Jahres 9½ Stunden, vom April 1918 ab 9 Stunden betragen. Der Stundenlohn wird für Maurer auf 92, für Erdarbeiter auf 76, für Handlanger auf 91, für Möbelträger auf 51 Rappen festgelegt. Bei Eintritt des Neujahrsfestes tritt eine weitere Lohnerhöhung ein. Ungewöhnliche Erhöhung der Lebensmittelpreise gibt den Arbeitern aber auch das Recht, die Aenderung des laufenden Vertrages zu beantragen.

Sterbetafel.

Niel. Am 16. Juli starb an einer Operation unser Mitglied Hermann Hötteler im 54. Lebensjahr.

Seine seinem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 23. bis 28. Juli.

Gingesandt haben: Darmstadt M. 172,20, Königswberg 200, Magdeburg 160, Hoyerswerda 7,40, Werdau 70, Bernburg 15, Frankfurt a. M. 500, Grünberg 33,60, Jena 100.

Die Erhebung eines Lokalsatzes von 40 & pro Beitragssmarke wird der Filiale Bremen bestätigt.

Die Woche vom 5. bis 11. August ist die 32. Beitragswoche. G. Wenker, Rassler.

Seife

braucht man nicht bei Bezug meiner ausgezeichneten Schmierwaschmittel „Lixo“. Verlangen Sie Gratisprobe von J. Garso, Berlin 970, Markgrafenstrasse 19.

Der heutigen Nummer liegt Nr. 29 des „Correspondenzblattes“ bei.